



Neue Löcher braucht das Land?

Ein Hintergrundpapier zur Braunkohlepolitik in Brandenburg



Im Frühjahr 2007 brachte eine Studie der Technischen Universität Clausthal große Aufregung in die Lausitz. Im Auftrag der Landesregierung hatte sie sieben neue Braunkohlefelder zum Abbau empfohlen. Im September gaben der Energiekonzern Vattenfall und die Landesregierung konkretere Absichten bekannt. Stromerzeugung aus Braunkohle ist nicht umweltfreundlich und nicht sozial verträglich. Wir setzen uns deshalb gegen neue Braunkohlentagebaue in der Lausitz ein. Dieses Heft enthält Informationen zu Themen wie Klima, Arbeit, Wasser, Energieversorgung und zu den einzelnen geplanten Tagebaufeldern.

Neue Tagebaue und Klima

Braunkohle ist der für das Weltklima schädlichste Energieträger. Obwohl Millionensummen in Versuchsanlagen und in Imagekampagnen fließen, wird sich daran auch in den nächsten Jahren nichts ändern. Es wird versucht, neue Tagebaue mit einer noch nicht vorhandenen Technologie zu legitimieren. Gleichzeitig plant Vattenfall aber eine drastische Laufzeitverlängerung gerade der klimaschädlichsten Kraftwerksblöcke Deutschlands. Keines der großen Klimaschutzversprechen zur Braunkohle wurde bisher verbindlich festgeschrieben.

Mit Braunkohle beheizte Kraftwerke setzen pro erzeugter Kilowattstunde Strom das meiste CO₂ in die Atmosphäre frei. Zum Vergleich:

Braunkohlenkraftwerk alt (z.B. 3000 MW in Jämschwalde, 1000 MW in Boxberg)	ca. 1200 g CO ₂ /KWh
Braunkohlenkraftwerk, heutige Technik	ca. 1000 g CO ₂ /KWh
Steinkohlenkraftwerk	ca. 750 g CO ₂ /KWh
Modernes Erdgaskraftwerk	ca. 360 g CO ₂ /KWh

Das Kraftwerk Jämschwalde steht damit europaweit an fünfter Stelle unter den Klimakillern! Mit rund 25 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr verursacht es mehr als 2 Prozent aller deutschen CO₂-Emissionen.

Die von Vattenfall propagierte Abscheidung und unterirdische Verpressung der Klimagase („CCS“ für „carbon capture and storage“) ist derzeit nicht verfügbar. Eine Versuchsanlage ohne Stromerzeugung wird in Schwarze Pumpe errichtet. Ab 2008 werden dann erst die entsprechenden Versuche durchgeführt, frühestens 2015 wird man wissen, ob CCS funktioniert. **Bis dahin soll aber bereits über drei der fünf neuen Tagebaue entschieden sein!**

Zweifel an der CCS-Technik sind begründet:

- Niemand kann garantieren, wie sicher das CO₂ unter der Erde bleibt. Über tausende Jahre müßte eine Leckrate von Null gewährleistet werden!
- Die Wirtschaftlichkeit der aufwändigen Technologie ist fraglich. Unternehmen wie die STEAG gingen deshalb bereits auf Distanz zur CO₂-Abscheidung.¹
- Weil für die CO₂-Abscheidung viel Energie verbraucht wird (sinkender Wirkungsgrad), würde sogar ca. 30 Prozent mehr Kohle (= mehr Dörfer) für dieselbe Menge Strom gebraucht.



Vor 2030 erwartet selbst Vattenfall keine breite Anwendung bei allen Braunkohlenkraftwerken. Das bedeutet auch, dass Vattenfall die Laufzeit der 500 MW-Blöcke in Jämschwalde und Boxberg ab 2020 noch um 10 bis 15 Jahre verlängern will. **So würden neue Tagebaue und Umsiedlungen zu großen Teilen der Versorgung von Deutschlands klimaschädlichsten Kraftwerken dienen.**²

In der öffentlichen Diskussion wird von der Kohlelobby immer wieder behauptet, künftige Verstromung werde mit Kohlendioxidabscheidung (CCS) oder gar nicht stattfinden. Diese politische Behauptung findet sich aber im entsprechenden Beschluß der Regierungskoalition nicht wieder:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Braunkohlenverstromung in neuen Kraftwerken klimaverträglich erfolgt. Die Fortsetzung des Braunkohlenabbaus darf nicht zu Abstrichen an den anspruchsvollen klimapolitischen Zielen des Landes führen.“ (Landtagsbeschluß vom 11.10.2007)³

Kann man es noch unverbindlicher formulieren? Weder ist die Rede von verbindlicher Pflicht zur CO₂-Abscheidung, noch von der ansonsten nötigen Versagung der Genehmigungen oder Pläne. Und „anspruchsvolle klimapolitische Ziele“ für die Zeit nach 2020 hat das Land gar nicht formuliert. Stattdessen läßt man sich jede Hintertür offen, Kohle auch weiterhin klimaschädlich zu verstromen: Glauben die Verantwortlichen ihre eigenen Argumente?

¹ Die STEAG (inzwischen Evonik STEAG) mit Sitz in Essen ist Deutschlands fünftgrößter Stromerzeuger. „DIE ZEIT“ vom 29.03.2007 zitiert ein internes Positionspapier des Konzerns, demzufolge die Technik »nicht wettbewerbsfähig« sei.

² Das gilt selbst, wenn die Kohle neuer Tagebaue rein physisch nur in CCS-Kraftwerken verbrannt würde, wofür es keinerlei Garantie gibt. Ohne neue Tagebaue würde man die Kohle aus den jetzigen Tagebauen ab 2020 in den effektivsten Kraftwerken (> 40 % Wirkungsgrad) verbrennen. Mit neuen Tagebauen wird sie zur Laufzeitverlängerung der ineffektivsten Blöcke (35 % Wirkungsgrad) verwandt und richtet so mehr Klimaschäden an.

³ Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU „Land voller Energie – für einen zukunftsfähigen Energiemix in Brandenburg“, Landtagsdrucksache 4/5182

Angeblich erwägt die Landesregierung die Pflicht zur CO₂-Abscheidung als landesplanerisches Ziel zu beschließen.⁴ Meinte sie es ernst, würde sie es in den gerade in Bearbeitung befindlichen Landesentwicklungsplan aufnehmen, stattdessen soll diese Frage aber auf die einzelnen Braunkohlepläne und damit um Jahre verschoben werden.

Neue Tagebaue in der Lausitz werden auch nicht gebraucht um das Weltklima durch Export der CO₂-Abscheidungstechnik zu retten. An CCS-Verfahren forscht derzeit eine Vielzahl von Unternehmen weltweit.⁵ Zudem könnte für Entwicklung, Erprobung und Export dieser Technologie die Kohle der bereits genehmigten Lausitzer Tagebaue genutzt werden.

Hintergründe zu „CCS“

„Carbon Capture and Storage“ steht für Abtrennung von Kohlendioxid und Speicherung in unterirdischen Lagerstätten. Vattenfall verfolgt dabei das Grundprinzip des Oxyfuel-Prozesses, bei dem die Verbrennung mit reinem Sauerstoff anstelle von Luft erfolgt. Das dabei entstehende Rauchgas enthält keinen Luftstickstoff mehr, dafür steigt der CO₂-Gehalt auf 75 bis 90 Prozent. Verbrennung mit reinem Sauerstoff bedeutet unerwünscht hohe Temperaturen im Brennraum. Die für eine derartige Hochtemperaturverbrennung über 800 °C nötigen Hochofenmaterialien sind großtechnisch noch nicht verfügbar. Zum Abkühlen wird ein Teil des Abgases zurückgeführt und damit gleichzeitig die CO₂-Konzentration erhöht. Beim Oxyfuel-Verfahren wird ein Wirkungsgrad von 50 Prozent angestrebt. Lufttrennung und Verflüssigung reduzieren diesen aber wieder um 8 bis 15 Prozentpunkte. Bei konstanter Kraftwerksleistung müsste also mehr Brennstoff eingesetzt werden.

Bisher ungeklärt ist die Frage der **Lagerstättenkapazitäten** für das CO₂. In Frage kommen alte Gas- oder Erdöllagerstätten, wo das Abgas zum Auspressen der Restbestände genutzt werden kann. Damit wird die suggerierte Klimaneutralität durch CCS aufgehoben. Weiterhin wird in Ketzin bei Berlin an einem Speicher in salinen Aquiferen (salzhaltigen Wasserschichten in großer Tiefe) geforscht. Das flüssige CO₂ löst sich zum Teil im Salzwasser und presst es zum Teil aus den Gesteinsporen.

Die **Lagerstättensicherheit** ist ebenfalls fraglich. Das Gas wird an einem Ort stark konzentriert, ein plötzliches Austreten muss aber vermieden werden. Zudem bildet Kohlendioxid mit Wasser Kohlensäure, die mit dem Gestein oder der Verschluss technik der

Bohrungen reagieren kann. CO₂ besitzt keine Halbwertszeit. Es ist deshalb fraglich, wie eine gegen Null gehende Leckrate für Jahrtausende garantiert werden soll. Technische Vorkehrungen und Monitoring-Systeme erfordern noch viel Forschung und Entwicklung, können als Argument für den Neubau von Kraftwerken also nicht herhalten.

Auch wenn die Technik zur Herstellung reinen Sauerstoffs zur Verfügung steht ist unklar, ob er in den benötigten Größenordnungen **wirtschaftlich** produzierbar ist. Am Ende des Oxyfuel-Prozesses steht die Verflüssigung des Abgases. Auch hier sind neben der Rauchgasreinigung hohe Mengen an Energie nötig, was den Wirkungsgrad senkt und die Kosten in die Höhe treibt. Die Frage des **Abgastransportes** soll in der Versuchsanlage Schwarze Pumpe mit Tanklastzügen gelöst werden. Für spätere größere Anlagen kommen Pipelines in Frage. Trassenführung, Sicherheitsfragen und Flächenverbrauch sind dabei zu beachten, wurden aber noch nie diskutiert. Nahe gelegene Endlager sind nicht vorhanden. Das Erdgasfeld Salzwedel bietet zwar eine relative Nähe, kann aber nicht alle Kraftwerke entsorgen. Keinesfalls ist mit einer 100 prozentigen CO₂-Abscheidung zu rechnen, das Wuppertal-Institut geht von maximal 75 Prozent CO₂-Abscheidung aus.⁶

⁴ Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage, Landtagsdrucksache 4/5312

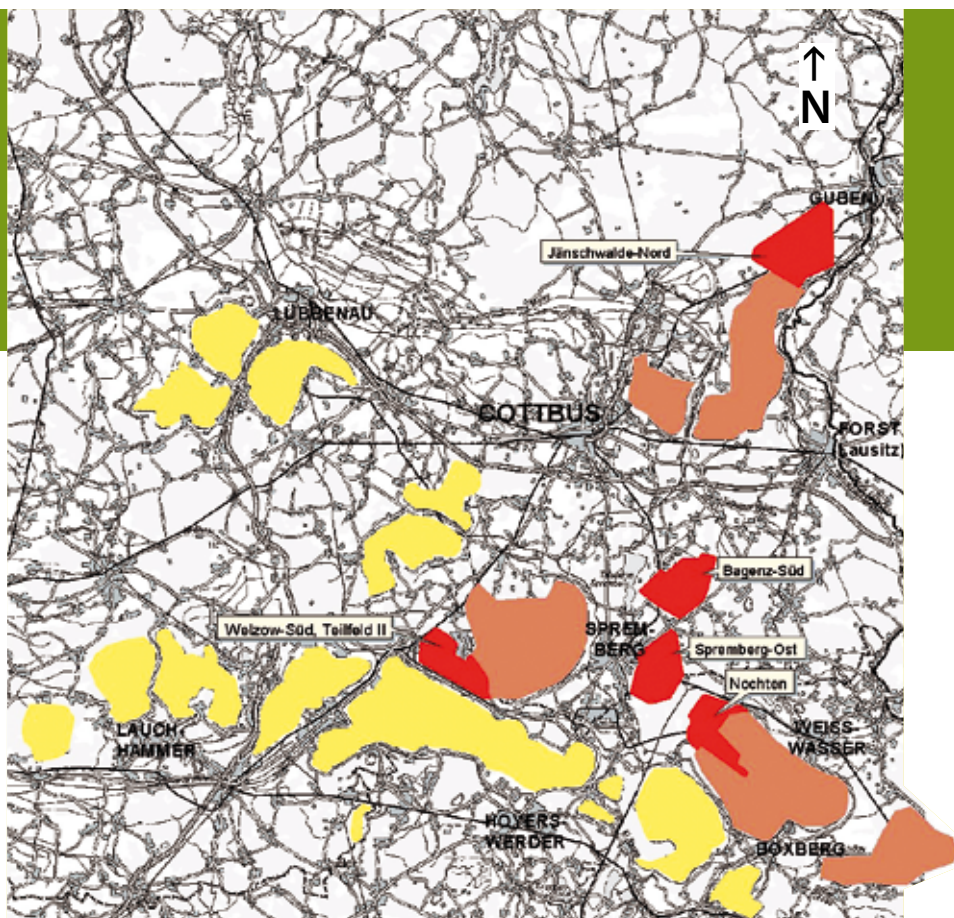
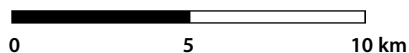
⁵ Laut Pressemeldungen will z.B. ein chinesisch-amerikanisches Unternehmen bereits 2009 ein 250-MWCCS-Kraftwerk in Tianjin bauen. Statt mit reinem Sauerstoff wird dort mit IGCC (einer Vergasungstechnik) gearbeitet. (Power Engineering Online, 31.12.2007)

⁶ Fishedick et al: Strukturell-ökonomisch-ökologischer Vergleich regenerativer Energietechnologien (RE) mit Carbon Capture and Storage (CCS), 28.2.2007

Was zu entscheiden ist

Braunkohletagebaue in der Lausitz

- stillgelegt
- bergrechtlich genehmigt
- Planungen von Vattenfall Europe Mining AG



Die Aufstellung zeigt, dass Vattenfalls Pläne auf fast 4000 weitere Umsiedlungen hinauslaufen. Wird auf neue Tagebaue verzichtet, steht mit 1,4 Milliarden Tonnen trotzdem noch ausreichend Kohle in den genehmigten Abbaufeldern zur Verfügung.

Die fünf genehmigten Tagebaue in der Lausitz:

Tagebau	Umsiedlungen	Kohlemenge Anfang 2007 ⁷
Welzow-Süd Teilfeld I (Brandenburg)	abgeschlossen	452 Mio. t
Jänschwalde (Brandenburg)	abgeschlossen	175 Mio. t
Cottbus-Nord (Brandenburg)	abgeschlossen	47 Mio. t
Nochten (Sachsen)	verschiedene Ausbauten (zus. 250 Einwohner)	ca. 415 Mio. t
Reichwalde (Sachsen)	abgeschlossen	366 Mio. t
Summe		ca. 1450 Mio. t

Vattenfall plant fünf neue Tagebaue in der Lausitz:

Tagebau	Umsiedlungen	Kohlemenge
Welzow-Süd Teilfeld II (Brandenburg)	1255 Einwohner Proschim, Welzow	210 Mio. t
Jänschwalde-Nord (Brandenburg)	ca. 900 Einwohner Grabko, Kerkwitz, Atterwasch	ca. 267 Mio. t
Spremberg-Ost (Brandenburg)		ca. 176 Mio. t
Bagenz-Ost (Brandenburg)		ca. 232 Mio. t
Erweiterung Tgb. Nochten (Sachsen)	ca. 1500 Einwohner Rohne, Mulknitz, Teile von Schleife, Mühlrose	300 Mio. t
Summe	3000 bis 4000	ca. 1200 Mio. t

⁷ Niederschrift zur Sitzung des Braunkohlenausschusses am 25.09.2007 in Cottbus, Anlage 2; zu Nochten eigene Schätzung



Der geplante Tagebau Welzow-Süd – Teilfeld II

Siedlungen

Mehrere Teile der Stadt Welzow wie der Wohnbezirk 5 und der historische Dorfkern, sowie der gesamte Ortsteil Proschim und der Bahnsdorfer Ortsteil Lindenfild würden direkt in Anspruch genommen und insgesamt 1.255 Einwohner umgesiedelt. Welzow hat derzeit insgesamt ca. 4.100 Einwohner. Als Tagebaurandgemeinden wären der verbleibende Teil der Stadt Welzow, Bluno und Klein Partwitz auf sächsischem Gebiet, Lieske, sowie im späteren Verlauf Bahnsdorf, Allmosen, Lindchen und Neupetershain betroffen.

Natur

Das Abbaugelände umfasst einen Teil des FFH-Gebietes⁸ „Weißer Berg bei Bahnsdorf“, welches durch die von der Eiszeit geschaffenen Binnendünen geprägt ist. In der Gemarkung Proschim befinden sich ähnliche als Naturdenkmal geschützte Binnendünen in der Nähe des Bauernteichs. Das „Scheak'sche Bruch“ war eines der ersten im deutschen Reich naturwissenschaftlich erfassten Gebiete, vor der Grundwasserabsenkung für den benachbarten Tagebau kam dort u.a. der „fleischfressende“ Sonnentau vor. Heute wirkt vor allem der Zollhausteich als grüne Oase und Naherholungsgebiet.

Wirtschaft und Kultur

Der Ortsteil Proschim mit dem typisch-wendischen Hufendorf und seinen Vierseitenhöfen „Senftenberger Art“ umfasst mit Wäldern und landwirtschaftlichen Nutzflächen mehr als 1.350 Hektar. Die sich über den Ortskern erstreckende Erhaltungssatzung hat Denkmalschutzcharakter und integriert die bereits unter Schutz stehenden zahlreichen Gebäude, wie beispielsweise die gerade restaurierte „Mäkelt-Kirche“, die „Alte Schule“, sowie die „Museumsscheune“ und die „Alte Mühle“, in welchen der Verein für traditionelle Landtechnik und bäuerliche Lebensart ein Museum einrichtete. Ein technisches Denkmal stellt die derart im Land Brandenburg einzigartige Dampflokmobile dar. Proschim wurde mehrfach als schönstes und aktivstes Dorf des Landkreises ausgezeichnet. Im historischen Dorfkern von Welzow steht im Zentrum die 1740 errichtete Kreuzkirche.



Der bestehende Verkehrslandeplatz wäre ebenfalls in Frage gestellt. Bei einem Verzicht auf das Teilfeld II würden sich mit der Fluganbindung große wirtschaftliche Potenziale des Flugplatzgeländes als Industriegebiet für die Stadt ableiten lassen. In Proschim ist der flächenmäßig größte landwirtschaftliche Betrieb des Landes beheimatet, dessen Flächen bereits jetzt sukzessive durch den Tagebau Welzow-Süd in Anspruch genommen werden.

Planungsstand

Vattenfall hat 2007 den Antrag auf Einleitung eines Braunkohleplanverfahrens⁹ gestellt. Dieses soll nach dem Willen der Landesregierung spätestens 2015 abgeschlossen sein

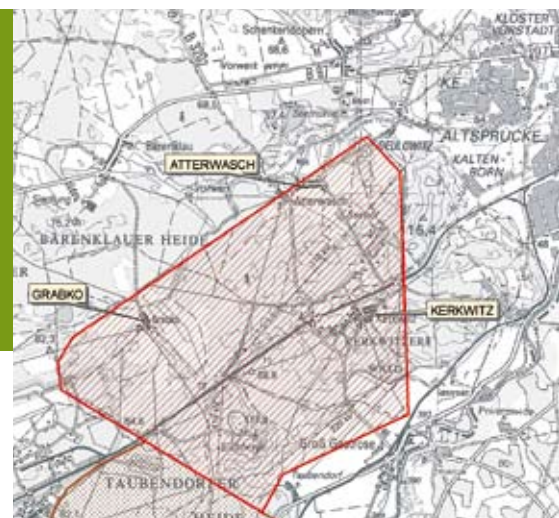


⁸ FFH-Gebiet: Schutzgebiet nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union

⁹ Der Braunkohleplan legt landesplanerisch fest, dass der Abbau von Braunkohle auf einer bestimmten Fläche Vorrang vor anderen Nutzungen hat. Dabei werden auch Umsiedlungsstandorte festgelegt. Genehmigungsverfahren sind zusätzlich nötig und können parallel schon begonnen werden.



Der geplante Tagebau Jänschwalde-Nord



Die Darstellung der Vattenfall-Pläne entspricht weitgehend der Variante 1 (Maximalvariante) der TU-Clausthal-Studie des Wirtschaftsministeriums, lediglich die Ostgrenze wurde geringfügig eingezogen, so dass eine Umsiedlung von Teilen Taubendorfs vermieden wird.

Siedlungen

Die Orte Kerkwitz, Grabko und Atterwasch mit zusammen ca. 900 Einwohnern wären laut Vattenfall-Absichten von der Umsiedlung betroffen. Als Tagebaurandgemeinden wären Taubendorf und Groß Gastrose unmittelbar betroffen. Doch auch die Stadt Guben (insb. Ortsteile Deulowitz, Kaltenborn, Schlagsdorf) sowie Bärenklau und Jänschwalde-Ost würden beeinträchtigt.

Verkehr

Die heutige Bahnlinie Cottbus-Guben müsste verlegt werden, ebenso die erst vor wenigen Jahren wegen des Tagebaus Jänschwalde umverlegte Bundesstraße 97. Beides hätte zusätzliche Auswirkungen auf Natur und Landschaft bzw. Anwohner am Ort der neuen Trasse.

Natur

Drei als FFH-Gebiet „Pastlingsee Ergänzung“ ausgewiesene Moorgebiete würden abgebaggert. Durch den genehmigten Tagebau Jänschwalde ist Vattenfall bisher zur wissenschaftlichen Beobachtung und zu umfangreichen Schutzmaßnahmen für diese Gebiete verpflichtet. Diese Maßnahmen erweisen sich bei einer späteren Abbaggerung als widersinnig. Die Grabkoer Seewiesen sind unter anderem als Kranichbrutplatz bekannt. Von der TU-Clausthal-Studie unterschlagen wird die Inanspruchnahme eines Teiles des Landschaftsschutzgebietes „Gubener Fließtäler“ im Nordosten des Abbaufeldes. Mit dem Deulowitzer See verlöre Guben eines seiner beliebtesten Naherholungsziele. Die Wasserschutzgebiete Atterwasch und Taubendorf würden ebenfalls zerstört. Im Norden würde das Tagebaufeld direkt an das FFH-Schutzgebiet „Feuchtwiesen Atterwasch“ angrenzen, im Westen an den Pastlingsee (ebenfalls FFH). Der Tagebau würde zudem bei Grabko direkt an den Naturpark „Schlaubetal“ grenzen, der eigentlich der naturverträglichen Erholung gewidmet sein sollte. Es sind massive Beeinträchtigungen dieser Gebiete zu befürchten.

Wirtschaft und Kultur

Eine große Anzahl Gewerbebetriebe des Gubener Raums ist in den drei direkt betroffenen Ortschaften ansässig. In Atterwasch und Kerkwitz existieren Kirchen, die letztere wurde erst 2007 von regionalen Firmen renoviert. In beiden Dörfern existieren zudem Kriegsgräberstätten.

Planungsstand

Vattenfall hat angekündigt Ende 2008 den Antrag auf Einleitung eines Braunkohleplanverfahrens zu stellen, das bis 2015 abgeschlossen werden soll.





Der geplante Tagebau Spremberg-Ost

Die Aussparung der besiedelten Bereiche im Westen des Feldes entspricht der Variante 2 der Clausthal-Studie. Gegenüber dieser hat Vattenfall die Grenzen des Tagebaus aber nach Süden und Südosten in sächsisches Gebiet ausgeweitet. Für eine Aufschlussbaggerung müsste eine umfangreiche Außenkippe für die Erdmassen oder (sehr unwahrscheinlich) ein Bandtransport in andere Tagebaugebiete angelegt werden. Beides verursacht immense Landinanspruchnahme und Beeinträchtigungen außerhalb des eigentlichen Abbaubereiches.

Siedlungen

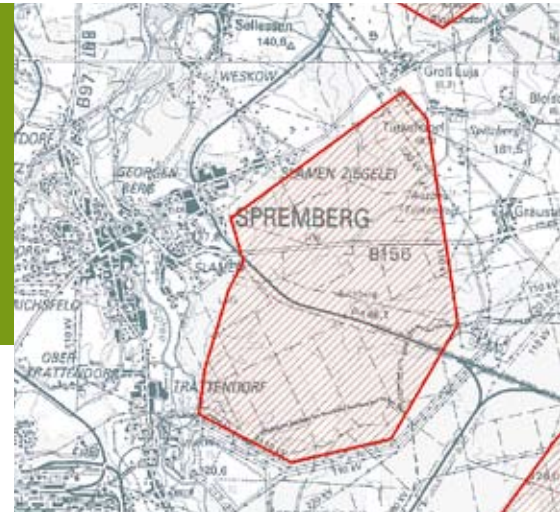
Bei diesem Tagebaufeld würden direkt keine Siedlungen in Anspruch genommen, solange der nordwestliche Teil des Kohlefeldes ausgespart bleibt. Direkt dem Tagebau benachbart wären aber die Stadt Spremberg (Slamen, Slamen-Ziegelei, Weskow, Georgenberg), Groß Luja, Türkendorf, Graustein und Graustein Umspannwerk. Spremberg wäre dann von allen Seiten von Tagebaufeldern umringt und hätte kein natürlich entstandenes Umland mehr.

Verkehr

Der Tagebau würde einen Abschnitt der Lausitzbahn zwischen Spremberg und Schleife sowie die B 156 zwischen Spremberg und Graustein zerstören. Beides hätte bei einer Umverlegung zusätzliche Auswirkungen auf Natur und Landschaft bzw. Anwohner am Ort der neuen Trasse.

Natur

Von der Clausthal-Studie unterschlagen wird die Inanspruchnahme eines Teiles des Landschaftsschutzgebietes „Slamener Heide“ im Zentrum des Abbaufeldes.¹⁰ Im Süden des Abbaufeldes ist ein Teil des FFH-Gebietes „Spreetal und Heiden zwischen Uhyst und Spremberg“ auf sächsischem Gebiet betroffen, das (vermutlich wegen der Ländergrenze) ebenfalls in der Clausthal-Studie keine Erwähnung findet. Der Tagebau würde das Einzugsgebiet des Wasserwerkes Spremberg zerstören, das nur zum Teil als Trinkwasserschutzgebiet geschützt ist. Im Südwesten nähert sich das Tagebaufeld stark an die Spree an (Landschaftsschutzgebiet). Es ist bisher nicht untersucht, ob Beeinträchtigungen überhaupt verhindert werden können.



Wirtschaft und Kultur

Die in Spremberg und Schwarze Pumpe ansässige Industrie hat einen großen Wasserbedarf, der dann nicht mehr wie bisher gedeckt werden kann. Die Bestrebungen des östlich gelegenen „Strittmatterlandes“ sowie Attraktivität der Stadt Spremberg für Tourismus und andere Investitionen würden erheblich leiden. Das touristische Image einer „Stadt am Tagebau“ ist bereits vergeben (Welzow) und nicht beliebig oft reproduzierbar.

Planungsstand

Vattenfall will ca. 2015 den Antrag auf Einleitung eines Braunkohleplanverfahrens stellen.

¹⁰ Dort wird auf S.101 fälschlich behauptet, es wären neben dem Wasserschutzgebiet keine weiteren Schutzgebiete betroffen.



Der geplante Tagebau Bagenz-Ost

Die Darstellung der Vattenfall-Pläne entspricht der Variante 2 der TU-Clausthal-Studie. Für eine Aufschlussbaggerung müsste eine umfangreiche Außenkippe für die Erdmassen oder (sehr unwahrscheinlich) ein Bandtransport in andere Tagebaugelände angelegt werden. Beides verursacht immense Landinanspruchnahme und Beeinträchtigungen außerhalb des eigentlichen Abbaugeländes.

Siedlungen

Bei diesem Tagebaufeld würden direkt keine Siedlungen in Anspruch genommen, solange der nordwestliche Teil des Kohlefeldes ausgespart bleibt. Direkt dem Tagebau benachbart wären aber die Orte Bagenz, Drieschnitz-Kahsel, Vorwerk Drieschnitz, Hornow, Wadelsdorf, Kolonie Bloischdorf, Groß Luja und Muckrow. Auswirkungen auf Sellessen und das gerade erst umgesiedelte Haide-mühl wären ebenfalls zu erwarten.

Verkehr

Der Tagebau würde einen Abschnitt der Lausitzbahn zwischen Neuhausen und Spremberg sowie die Ortsverbindung von Bagenz nach Sellessen zerstören. Beides hätte bei einer Umverlegung zusätzliche Auswirkungen auf Natur und Landschaft bzw. Anwohner am Ort der neuen Trasse.

Natur

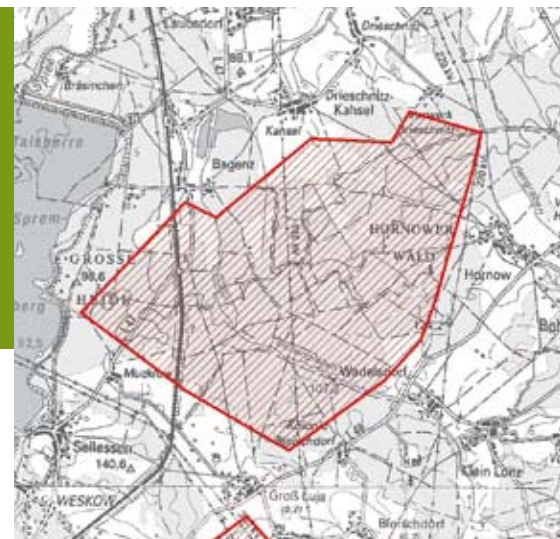
Der Hornower, Wadelsdorfer und Groß Lujaer Wald sind ökologisch und wirtschaftlich intakte Kulturlandschaft, die zudem ein noch nicht gestörtes Wassereinzugsgebiet mit verschiedenen Bächen und Teichen darstellen. Im Westen nähert sich das Tagebaufeld stark an den Spremberger Stausee an (FFH- und Landschaftsschutzgebiet). Es sind massive Beeinträchtigungen dieses Gebietes zu befürchten.

Wirtschaft und Kultur

Das Gebiet des Abbaufeldes steht in direktem Zusammenhang zur Tourismusentwicklung um den Spremberger Stausee. Diese ist mit einem Tagebau nicht verträglich. Gleiches gilt für die östlich angrenzenden Ortschaften mit ihren Park- und Schloßanlagen und der als „Strittmatterland“ bekannten touristischen Region.

Planungsstand

Vattenfall will ca. 2015 den Antrag auf Einleitung eines Braunkohleplanverfahrens stellen.





Der geplante Tagebau Nochten-Vorbehaltsgebiet (Sachsen)

Siedlungen

Die Orte Rohne (578 Einwohner), Mulkwitz (263) und Mühlrose (ca. 210) im sächsischen NOL-Kreis würden völlig von der Landkarte verschwinden, Trebendorf würde mit ca. 290 Einwohnern in Klein-Trebendorf einen weiteren Ortsteil verlieren. In Schleife würden alle Haushalte südlich der Bahnlinie verschwinden, genaue Abbaukante und Umsiedlerzahlen sind dort noch nicht ermittelt. Alle genannten Orte haben derzeit noch mehr Einwohner, diese werden jedoch durch geplante Teilumsiedlungen des genehmigten Tagebaus Nochten reduziert. Bei Abaggerung des Vorbehaltsgebietes hätte das Kirchspiel Schleife, das seit Jahrzehnten durch Umsiedlungen und Zerschneiden der Verbindungswege betroffen ist, insgesamt etwa die Hälfte seiner Dörfer verloren. Neustadt an der Spree und der verbleibende Teil von Schleife wären von den mittelbaren Auswirkungen des Tagebaus betroffen.

Natur

Der Tagebau Nochten hat bereits die Naturschutzgebiete Eichberg, Hermannsdorfer Moor, sowie das Alteicher Moor und Große Jeseritzen zerstört, der Urwald Weißwasser wird in den kommenden Jahren unwiederbringlich vernichtet. Das FFH-Gebiet „Altes Schleifer Teichgelände“ zeichnet sich durch kleinbäuerliche Bewirtschaftung und durch viele seltene Pflanzen aus. Es ist bereits von der Grundwasserabsenkung betroffen und befindet sich künftig am Tropf einer als Auflage vorgeschriebene Leitung für Zusatzwasser, die das Schlimmste verhindern soll. Das Vorbehaltsgebiet befindet sich in unmittelbarer Nähe, evtl. würde ein Teil des Gebietes devastiert.

Wirtschaft und Kultur

Der Tagebau Nochten vernichtet seit Jahren das vom Fürsten Pückler selbst gestaltete Jagdgebiet, zu dem früher ein Jagdschloss gehörte. Noch heute existieren dort viele Kulturdenkmäler, die nach und nach dem Tagebau zum Opfer fallen. Das sorbische Kirchspiel Schleife hat eine eigene Sprache, Tracht und Kultur, die sich von anderen sorbischen Gebieten unterscheidet. Sie wird von den Bewohnern der Region gehegt und gepflegt. Beispiele sind das Schleifer Folkloreensemble, die Rohner Kantorki, das Rohner Dorftheater, der Nepila-Hof als Denkmal des sorbischen Volks-



schriftstellers Hanzo Nepila, und der sorbische WITAJ-Kinderkergarten in Rohne. Eine so umfangreiche Umsiedlung bringt den Betroffenen über Jahre Stress, sie müssen sich mit substanzielleren Problemen beschäftigen. Auch zieht meist mindestens ein Drittel nicht an den gemeinsamen Umsiedlungsstandort. Damit gerät die Schleifer sorbische Kultur in große Gefahr. Im Vorbehaltsgebiet befinden sich mehrere Kleinbetriebe sowie eine Spedition. In den kommenden Jahren soll die Schäferei Rohne umgesiedelt werden.

Planungsstand

Im Dezember 2006 beantragte Vattenfall beim zuständigen Regionalen Planungsverband die Inanspruchnahme des Vorranggebietes. Damit steht ein mehrjähriges Planverfahren bevor. Die brandenburgische Kohlepolitik wirkt hierauf indirekt durch den Verbrauch der Kraftwerke, der in die Gesamtbilanz des Lausitzer Reviers eingeht.

Neue Tagebaue und Umsiedlung

Wir lehnen Umsiedlungen ab, da sie grundsätzlich nicht sozialverträglich sind.

Allein in der Lausitz verloren in den vergangenen 80 Jahren mehr als 30.000 Menschen ihre Heimat, weil sie einem Tagebau weichen mussten. 136 Orte verschwanden ganz oder teilweise von der Landkarte. Die Umsiedlungen stellen für die Betroffenen eine komplexe Veränderung ihres sozialen Umfeldes dar. Auch bei geschlossenen Umsiedlungen eines Ortes zieht trotz materieller Benachteiligung ein beachtlicher Teil (etwa 1/4 bis 1/3 der Bewohner) nicht in den neuen, gemeinsamen Ort mit. Schon von daher ist die gesamte Dorfgemeinschaft einem massiven Schwund und umfassenden Umstrukturierungen ausgesetzt. Aus materieller Sicht werden die Umsiedlungen momentan so durchgeführt, dass die Betroffenen keinen Nachteil erleiden.

Für soziale und psychische Beeinträchtigungen gibt es aber keinen Ausgleich, und in diesem Bereich sind besonders ältere Betroffene großteils auf sich allein gestellt. Derartige Probleme enden mitunter in einem Krankenhausaufenthalt, gelegentlich aber auch mit einem verfrühten Tod. Trotz Bemühungen, wie der Installation sogenannter sozialer Netzwerke, kann dieser Schaden nur geringfügig abgefedert werden. Der Heimatverlust durch Umsiedlungen kann nicht ausgeglichen werden.

Berichte Betroffener bieten Internetseiten wie www.heuersdorf.de und www.umsiedler-schleife.de.

Leben am Tagebaurand

Unter dem Aufschluss eines neuen Braunkohletagebaus leiden nicht nur die umzusiedelnden Gemeinden. Gerade für die Orte, die am Rande der Tagebaulöcher stehenbleiben, wird das Lebensumfeld der Menschen zerstört, und dies ohne Entschädigung.

Auch sie verlieren einen großen Teil ihrer Heimat, ihre benachbarten Erholungsgebiete und müssen mit Lärm und Staub aus den Tagebauen leben. Eine Entschädigungspflicht besteht nur in den wenigen Fällen, in denen Überschreitungen der Grenzwerte oder Schäden an den Häusern nachgewiesen werden. Die Grundstücke verlieren an Wert, das Image dieser Regionen ist beschädigt und sie vermag kaum noch andere Investoren anzuziehen. Landesweit gilt für Windkraftanlagen in Brandenburg ein Mindestabstand von 800 Metern zu bewohnten Siedlungen, in Einzelfällen wird auf 1000 m erhöht. Dagegen plant die Kohlestudie des Wirtschaftsministeriums Abstände der Tagebaulöcher von 300 m zu den Dörfern, „im konkreten Einzelfall“ sind auch „geringere Abstandsvorgaben“ möglich.¹¹

Bürger des Cottbuser Stadtteiles Willmersdorf haben sich Anfang November 2006 mit einer Petition über die Verordnung zum Braunkohlenplan Tagebau Cottbus-Nord beschwert. Der Petitionsausschuß des Landtages stellte in seiner Antwort folgendes dar:

„Für den Petitionsausschuß ist nicht ersichtlich, dass Grundeigentümer (...) einen rechtlichen Anspruch darauf geltend machen könnten, finanziellen Ausgleich für die Entwertung ihrer Grundstücke zu erlangen. (...) Für einen sogenannten Lagenachteil in der Nähe eines Tagebaus sind Entschädigungszahlungen nicht vorgesehen. Ein eventuell entstehender Schaden ist (...) als Ausfluß der Sozialbindung des Eigentums hinzunehmen.“¹²

Wo Anwohner keinen Rechtsanspruch haben, werden zwar oft kleinere Unterstützungen des Braunkohleunternehmens für lokale Vereine gewährt. Diese „Geschenke“ können jedoch systematisch zu Abhängigkeiten führen („Ruhigstellen“). Sie entsprechen in der Regel auch nicht ansatzweise dem durch den Lagenachteil entstandenen Schaden. Oftmals werden durch die Tagebaue Verkehrswege unterbrochen, so dass die Anwohner lange Umwege in Kauf nehmen müssen, um wie bisher zur Arbeit, zum Arzt oder zu Verwandten zu kommen. Einzelne Orte werden von ihrem Umland abgeschnitten und verlieren langfristig einen großen Teil ihrer infrastrukturellen Einrichtungen.

¹¹ Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage, Landtagsdrucksache 4/4810

¹² Schreiben des Petitionsausschusses des Landtages Brandenburg vom 03.07.2007

Neue Tagebaue und Wasser

Die Braunkohleverstromung führt auf zwei Wegen zur Versteppung der Lausitz: langfristig durch das freigesetzte CO₂ und kurzfristig durch das abgepumpte Wasser. Zudem ist die Wasserqualität in den Restseen ein ungelöstes Problem. Während die Wunden der Vergangenheit im Wasserhaushalt der Lausitz noch nicht geheilt sind, sollen schon wieder neue aufgerissen werden?

Derzeit pumpt der aktive Braunkohlenbergbau mit 230 Mio. Kubikmetern pro Jahr mehr Grundwasser ab als alle anderen Nutzer zusammen. Industrie, Landwirtschaft und Trinkwasserwerke kommen zusammen auf 160 Mio. m³ in Brandenburg.¹³ Ohne Gegenmaßnahmen wirkt diese Absenkung kilometerweit in das Umfeld der Tagebaue.

Unterirdische Dichtwände sollen angeblich bei neuen Tagebauen grundsätzlich angewandt werden. Bisher haben sich LAUBAG/Vattenfall an mehreren Stellen geweigert, solche zu errichten, weil die geologischen Bedingungen dafür nicht gegeben seien, so z.B. am Westrand des Tagebaus Jänschwalde. So ist es auch nicht verantwortbar, dass das Clausthal-Studie des Wirtschaftsministeriums ohne jede Untersuchung pauschal annimmt, Schutzgebiete würden ab 250 m Abstand zu einem Tagebau nicht negativ beeinflusst. Das Baumsterben in Orten wie Jänschwalde spricht eine andere Sprache.¹⁴

Das Durchbaggern der oberen Boden- und Gesteinsschichten zerstört die bisherigen Grundwasserleiter dauerhaft und setzt chemische Reaktionen in Gang, die zu erheblichen Problemen in der Gewässerqualität führen. Die Tagebaurestseen werden zu den größten Seen Deutschlands zählen. Zu ihrer Flutung sind große Mengen Flusswasser nötig, da das aufsteigende Grundwasser aufgrund der Verwitterung schwefelhaltiger Schichten oft versauert.



Ohne Gegenmaßnahmen erreicht das Kippenwasser und viele dadurch gespeiste Seen pH-Werte zwischen 2,5 und 3,5. Das entspricht dem Wert von Essig und macht diese Seen als Lebensraum für höhere Pflanzen und für Fische ungeeignet.

Zur dadurch ansteigenden Versalzung der Flüsse mit Sulfat gibt es bisher keine großtechnische Lösung. Für die Spree zwischen Spreewald und Berlin prognostiziert das Dresdener Grundwasserforschungszentrum Konzentrationen von 250–500 Milligramm Sulfat pro Liter. Der Trinkwassergrenzwert liegt bei 240 mg/l, so dass die aus Uferfiltrat erfolgende Trinkwassergewinnung in Brandenburg und Berlin vor einem voraussichtlich kostenintensiven Problem steht. Verbindliche Grenzwerte für die Einleitung von Sulfat gelten für den Braunkohlenbergbau bisher nicht.¹⁵

Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU schreibt die Erreichung eines guten chemischen und ökologischen Zustandes der Oberflächengewässer und eines guten chemischen und mengenmäßigen Zustandes der Grundwasserkörper bis 2015 vor. Auf Grund jahrzehntelang abgesenkter Grundwasserspiegel werden für die deutschen Braunkohlereviere selbst 12 Jahre Fristverlängerung dafür nicht ausreichen. Die Richtlinie enthält ein Verschlechterungsverbot, dem neue Tagebaue eindeutig widersprechen würden.

Die Restseen verdunsten sehr viel Wasser, das dann in den Flüssen im Abfluss dauerhaft fehlt.



¹³ Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Wasserwirtschaft im Land Brandenburg“, 20.2.2007, Landtagsdrucksache 4/4162, S. 30 f.

¹⁴ „Innerhalb eines halben Jahres habe sich die Lage dramatisch verschlechtert. Der Baumbestand sei arg beschädigt, wurde festgestellt. (...) Wir können sicher nicht in allen Fällen Vattenfall dafür verantwortlich machen, aber beim Großteil ist es schon offensichtlich, dass der Tagebau schuld ist.“ Baumsterben in Jänschwalde. Lausitzer Rundschau, 24.Mai 2007, S.19 (Lokalseite Cottbus)

¹⁵ Braunkohlenbergbau und Auswirkung auf Brandenburger und Berliner Gewässer. Vortrag von Michael Bender, Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA auf der Konferenz „BEDrohstoff Braunkohle“ am 10.März 2007

Neue Tagebaue und Arbeitsplätze

Auch wenn Brandenburg neue Tagebaue aufschließt, wird die Zahl der Arbeitsplätze im Lausitzer Revier weiter sinken und ein Teil dabei von Brandenburg nach Sachsen verlagert. Ist man bereit, die behaupteten 5000 direkten Arbeitsplätze in Brandenburg bis 2050 verbindlich zu garantieren? Zum jetzigen Zeitpunkt schaffen selbst nach den Zahlen der Landesregierung Braunkohle und erneuerbare Energien bereits gleich viele Arbeitsplätze in Brandenburg¹⁶. Die Erneuerbaren mit steigender, die Braunkohle mit sinkender Tendenz.

Die Arbeitsplätze in der Braunkohlewirtschaft (Sachsen + Brandenburg) zeigten nach Angaben des deutschen Braunkohle Industrie Vereins DEBRIV zuletzt folgende Entwicklung:

	Vattenfall Europe Mining	Vattenfall Europe Generation	Summe
Dezember 2002	5553	3806	9359
Dezember 2004	5345	3497	8842
Dezember 2006	5031	2918	7949

Zudem sind alle diese Zahlen künstlich erhöht. Wußten Sie, dass der DEBRIV beim „Lausitzer Braunkohlenrevier“ hunderte Arbeitsplätze außerhalb der Lausitz mitzählt, das aber jahrelang verschwiegen wurde? Zu Vattenfall Europe Generation gehören 2007 allein 400 Mitarbeiter und Auszubildende im Kraftwerk Lippendorf bei Leipzig sowie eine nicht genannte Anzahl Mitarbeiter in den sächsischen und thüringischen Pumpspeicherkraftwerken. Erst hartnäckige Nachfragen im Braunkohlenausschuß brachten das ans Licht. Wie sollen diese Arbeitsplätze von neuen Tagebauen abhängen?

Mit der Genehmigung neuer Abbaupläne bekäme Vattenfall eine Rechtsposition bis über 2050 hinaus. Vattenfall und Landesregierung argumentieren aber stets mit Arbeitsplatzzahlen der Gegenwart oder Vergangenheit. Sie weigern sich, Prognosen für den Zeitraum vorzulegen, in dem die neuen Tagebaue tatsächlich arbeiten würden. So sollte auf der Sitzung des Braunkohlenausschusses am 15.11.2007 das „Personalentwicklungskonzept 2006 bis 2018“ vorgestellt werden. Vorgelegt wurden die geplanten Beschäftigtenzahlen 2007 bis 2010. In diesem Zeitraum stagnieren die Zahlen, weil der Tagebau Reichwalde in Sachsen wieder angefahren wird. Der Anteil Brandenburgs dürfte bereits in dieser Phase sinken. Wieviel Arbeitsplätze verbleiben aber, wenn spätestens 2015 der Tagebau Cottbus-Nord planmäßig ausgekohlt ist?



Für den Stichtag 31.12.2004 gibt die PROGNO AG im Auftrag von Vattenfall 4190 direkt in der Kohlewirtschaft in Brandenburg Beschäftigte an.¹⁷ Vattenfall selbst gibt aktuell ca. 5000 an, ohne den Widerspruch zum PROGNO-Gutachten aufzuklären.

Als die PROGNO AG 2005 im Auftrag von Vattenfall die Arbeitsmarkteffekte des Kraftwerksneubaus in Boxberg bewertete, war von 1000 Arbeitsplätzen in der 4-jährigen Bauphase die Rede.¹⁸ Als Greenpeace-Aktivisten 2007 auf dem Baugelände protestierten, sprach Vattenfall noch von „weit über 300“ Leuten auf der Baustelle.¹⁹ In der politischen Diskussion hatte Vattenfall also dreimal so viele Bauleute vorhergesagt, als bei einer Stichprobe bestätigt werden konnten. Das wirft ein zweifelhaftes Licht auf heutige Versprechen.

Neubaukraftwerke beschäftigen grundsätzlich weniger Menschen als die derzeit noch betriebenen nachgerüsteten DDR-Kraftwerke. Wenn neue Tagebaue zur Versorgung einer neuen (hoch automatisierten) Kraftwerksgeneration dienen sollen, wird die Beschäftigtenzahl zwangsläufig weiter sinken.

¹⁶ „Bis Ende 2007 kann im Bereich der erneuerbaren Energien mit insgesamt etwa 5.000 Arbeitsplätzen gerechnet werden.“ Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg: Jahreswirtschaftsbericht 2007, Oktober 2007, S.37 / Beschäftigte Vattenfall 2006: 5.082, ebenda S.35

¹⁷ PROGNO AG: Energie und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland, Dezember 2005, Anhang III (erstellt im Auftrag von Vattenfall Europe

¹⁸ „In der rund 4-jährigen Bauphase werden ca. 1000 Bauleute und Ingenieure auf der Baustelle tätig sein. Das entspricht einem Arbeitsvolumen von 4000 Personenjahren.“ Aus: PROGNO AG: Energie und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland, Dezember 2005, S.118

¹⁹ Pressemitteilung vom 02.10.2007

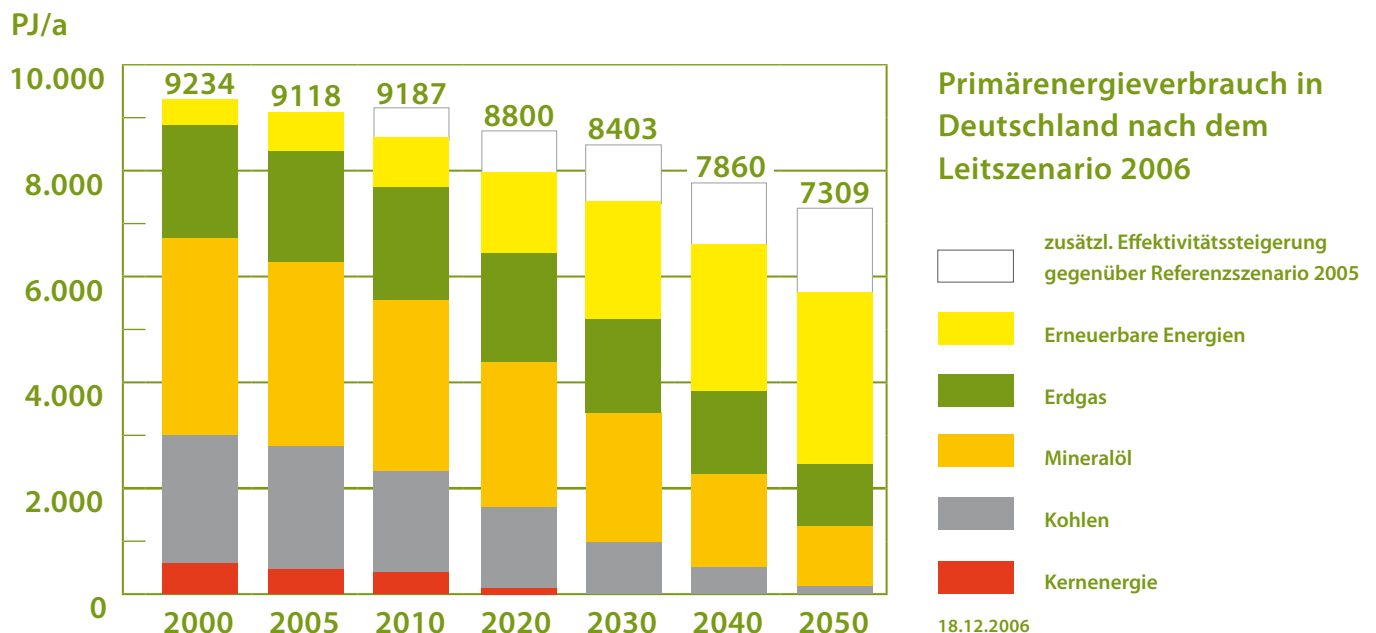
Alternativen sind machbar

Eine sichere Energieversorgung ist auch ohne neue Tagebaue möglich. Einen Umbau des Energiesystems können die Industrieländer angesichts der weltweiten Energiekrise in keinem Fall umgehen. Rechtzeitiges Umdenken erleichtert diesen Prozess.

Schon die Enquete Kommission „Nachhaltige Energieversorgung“ des Deutschen Bundestages bezeichnet in ihrem Bericht von 2002 Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien²⁰ als einzigen nachhaltigen Entwicklungspfad. Er ermöglicht sowohl den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2030, als auch eine wesentliche Reduzierung der Nutzung fossiler Energien. Erneuerbare Energien können so bis zum Jahr 2050 mindestens 50 Prozent des Primärenergieverbrauches abdecken. Rein technisch wäre selbst eine Vollversorgung bis 2050 erreichbar. Im Februar 2007 erschien die Leitstudie des Bundesumweltministeriums, die ebenfalls von einer extremen Verringerung der Braunkohlenutzung bis 2050 bei gleichzeitigem Atomausstieg ausgeht, wie die Abbildung zeigt.²¹ Die für 2050 noch angesetzten 46 PetaJoule Energie aus Braunkohle entsprechen etwa 5 Millionen Tonnen Jahresförderung in Deutschland (derzeit 40 Mio. t allein in Brandenburg).

Die absoluten Zahlen für Öl und Gas sinken in diesem Leitszenario gegenüber heute ebenfalls. Damit tritt also keine steigende Importabhängigkeit ein. Während einzelne Politiker geradezu eine Bedrohung aus dem Osten herbeireden wollen, um für neue Braunkohletagebaue zu werben, enthalten die von ihnen vertretenen Energieprognosen sogar eine höhere Einfuhr von Öl und Gas!²² Kann man die Abhängigkeit von heimischer Braunkohle als Unabhängigkeit schönreden? Ohne Zweifel gibt es auch Fehlentwicklungen bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Diese sind aber von den Regierenden selbst zu verantworten, nicht von Umweltverbänden oder Oppositionsparteien, die meist andere Konzepte gefordert haben.²³ Die Energieeinsparung im Leitszenario würde übrigens bei steigendem Komfort allein durch Effizienzsteigerung erreicht. Das heißt, bei einem sparsameren Lebensstil wäre sie noch viel schneller und leichter möglich.

Das es sogar möglich ist, mit erneuerbaren Energien Grundlastversorgung abzusichern, wurde im Herbst 2007 mit dem Kombikraftwerk-Projekt nachgewiesen. (www.kombikraftwerk.de)



²⁰ die sogenannten „REG/REN- Offensive“

²¹ Leitstudie 2007 „Ausbaustrategie Erneuerbare Energien“ Untersuchung im Auftrag des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Februar 2007

²² Das BMU-Leitszenario erwartet im Jahr 2050 noch 2011 PetaJoule aus Mineralöl und 1756 PJ aus Erdgas, Erdöl und Grubengas, das Referenzszenario des Wirtschaftsministeriums von PROGNOS/EWI dagegen 3758 PJ aus Mineralöl und 3436 PJ aus Gas. Im Referenzszenario ist die Importabhängigkeit somit höher!

²³ z.B. regionale Wirtschaftskreisläufe statt europaweiter Beimischungspflicht bei Pflanzenöl

Sind alle anderen Dörfer jetzt sicher?

Vergleichen Sie bitte die Beteuerungen der Landesregierung, dass es bei den bisher verkündeten Plänen bleiben werde mit folgenden Zitaten aus der Sondersitzung des Braunkohlenausschusses am 25.09.2007:

„Weiterhin rechnen wir mit einem Fortbestand unserer Veredlung mit den Produkten Brikett, Braunkohlenstaub und Wirbelschicht-Braunkohle. Ein Engagement im Bereich der Kohlechemie ist zu prüfen und hängt stark von der Entwicklung der Rohstoffpreise sowie der allgemeinen Marktentwicklung ab.“ (...) „Das Konzept (...) werde aber für das künftige Kraftwerkskonzept in Brandenburg ausreichen.“ (Vattenfall, Dr. Zeiß) „Sie forderte gleichzeitig das Unternehmen auf, intensiver über die Braunkohlechemie nachzudenken.“ (Wortmeldung der Vertreterin der Gewerkschaft IGBCE)²⁴

Das bedeutet, dass die Kohle der neu geplanten Tagebaue im Grunde für die Kraftwerke verplant ist. Der Anteil der Veredlung beträgt derzeit 2–3 Mio. t Rohbraunkohle pro Jahr. Bei dem von der Gewerkschaft IGBCE geforderten verstärkten Einsatz der Kohlechemie (wozu auch die Verflüssigung zu Diesel o.ä. zählt) könnte er leicht auf über 10 Mio. t steigen. Dafür wäre ein komplettes weiteres Kohlefeld erforderlich.

In Pressekonferenzen gemachte Zusagen bieten keine verbindliche Sicherheit für „nicht betroffene“ Dörfer. Schließlich wurde das Vertrauen in die Aufhebung der „Bergbauschutzgebiete“ der DDR nach 15 Jahren ebenfalls enttäuscht. Die Kohle unter diesen Gebieten kann weiterhin private wie wirtschaftliche Investitionen

abschrecken. Der von der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ vorgeschlagene Gesetzentwurf dagegen schließt neue Braunkohle-tagebaue verbindlich und einklagbar aus. Nur so kann das Bedürfnis nach langfristiger Investitionssicherheit befriedigt und eine gesunde Regionalentwicklung gesichert werden.

Bergwerksfelder in Brandenburg

Quelle: Landesamt für Geologie und Rohstoffe



²⁴ Niederschrift zur Sitzung des Braunkohlenausschusses am 25.09.2007 in Cottbus, Zitate S.15, S.9 und S.13.

Die Volksinitiative will den allmählichen Übergang

Im Herbst 2007 wurde von mehreren Umweltverbänden, Parteien und betroffenen Bürgern in Brandenburg die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ gestartet, die neue Tagebaue verhindern will. Neben den Initiativen Betroffener in Proschim, Atterwasch/Kerkwitz/Grabko oder Schleife solidarisieren sich Bürgerinitiativen auch in Klinge bei Forst und in Sallgast bei Finsterwalde. Ihnen allen geht es aber nicht um ein „Abschalten von heute auf morgen“, wie oft unterstellt wird.

Die Versorgung des derzeitigen Kraftwerksparks bestehend aus

- älteren 500 MW-Blöcken in Jänschwalde und Boxberg bis 2020
- in den 90er Jahren errichteten Kraftwerken in Schwarze Pumpe und Boxberg bis 2040
- dem im Bau befindlichen Block in Boxberg bis 2050

ist aus den bereits genehmigten Tagebauen gesichert.²⁵ Das bedeutet mehrere Jahrzehnte Zeit für einen sozial verträglichen Ausstieg. Ein schnellerer Ausstieg ist – etwa aus Klimaschutzgründen – ebenfalls möglich, wird aber durch den mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Gesetzentwurf nicht festgelegt. Er bestimmt keinen Zeitpunkt für die Beendigung der Kohleförderung. Das Kohleunternehmen kann und muss die verbleibende Restkohlemenge selbst einteilen. Es kann diese Entscheidungen dabei an wirtschaftlichen, sollte sie aber auch an sozialen Kriterien orientieren.



²⁵ Zur Zukunft der Lausitzer Braunkohle. Kohlebedarf des konventionellen Kraftwerksparks sowie Folgen für den Klimaschutz und die Inanspruchnahme von Siedlungen. Kurzstudie im Auftrag der LINKEN im Bundestag, Februar 2007.

Impressum

Bildnachweis

- Titelbild: bei Heinersbrück (Jeannette Jacob)
Innenseiten (von links nach rechts, oben nach unten)
Seite 2: Kraftwerk Jänschwalde (Henrik Skupin)
Seite 5: Dorfkirche, Zampern, Zollhausteich, Ortseingang in Proschim (Eckhard Tetsch)
Seite 6: Kerkwitz, Atterwasch, Groß Gastrose, Deulowitzer See (Grüne Liga)
Seite 7: Slamener Heide, Tierhaltung am Gasthof Wildtränke, Bloischdorf, Groß Luja (Grüne Liga)
Seite 8: Schloß Hornow, Hornow, Graustein, Muckrow, Hornower Wald (Grüne Liga)
Seite 9: Mulkwitz, Folklore-Ensemble Schleife, Kirche Schleife, Njepila-Hof Rohne (D. Kreisel, D. Kottisek, W. Kottisek)
Seite 11: Grundwasserpumpe in Lacoma, künftiger Klinger See (Grüne Liga, Jeannette Jacob)
Seite 12: Groß Luja (Grüne Liga)
Seite 14/15: Tagebau Jänschwalde (Jeannette Jacob)
Seite 15: Mahnmal in Lacoma (Grüne Liga)

Text: Facharbeitskreis Braunkohle

Wir bedanken uns bei allen, die durch Spenden und Bestellungen mitgeholfen haben den Druck dieses Heftes zu ermöglichen.

Januar 2008

zusammengestellt von:



GRÜNE LIGA Brandenburg
Facharbeitskreis Braunkohle
c/o: Lindenstraße 34
14467 Potsdam

Tel.: 0331.2 0155 20 • 0355.86 04 84
Mail: braunkohle@grueneliga.de
Netz: www.lausitzer-braunkohle.de
und www.grueneliga.de

Die GRÜNE LIGA ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Umweltverband. Unterstützen Sie uns durch Mitgliedschaft oder Spende!
Spendenkonto: 2000 55 000 • VR Bank Lausitz e.G. • BLZ: 180 626 78